

Kongress "Πόλεμος, Κατοχή, Αντίσταση, Εμφύλιος - Krieg, Besatzung, Widerstand, Bürgerkrieg"
Goethe-Institut Athen, 8.-10. November 2012, Nachmittagssitzung 8. November 2012

Gerhard Botz

(Ludwig Boltzmann Institute for Historical Social Science and University of Vienna)

Ein langer Weg vom "Opfer" zum "Mit-Täter". Erinnerungspolitik in der Nach-NS-Geschichte Österreichs

Schon bevor ich mit einer Griechin verheiratet war, hörte ich seit den frühen 1960er Jahren immer wieder eine merkwürdige Erzählung, nicht nur auf der Peloponnes, die Geschichte von einem "guten Österreicher", der sich während des schrecklichen Massakers von Kalavryta als einziger menschlich erwiesen habe. Am 13. Dezember 1943 soll dieser unbekannte und niemals aktenkundig gewordene Wehrmachtssoldat, der Österreicher gewesen sei, ganz im Gegensatz zu seinen deutschen Kameraden, Frauen und Kinder, die in dem schon brennenden Schulgebäude eingeschlossen waren, vom Tod in Feuer und Rauch gerettet haben. Manchmal wurde auch gesagt, er sei ein Bayer oder ein Elsässer gewesen, und er sei wegen seiner Menschlichkeit von den "Deutschen" hingerichtet worden. Wissenschaftliche historische Forschung hat nur teilweise Evidenz zu dieser Episode und deren Helden gefunden. Ich gestehe, dass ich am Anfang dabei auch etwas wie Österreich-nationalen Stolz verspürt habe, ein Gefühl, das allerdings sofort nach einer empirischen Bestätigung verlangte. (In Wirklichkeit dürfte es sich, Hagen Fleischer sagt, um einen Elsässer gehandelt haben, der befehlsgemäß die Frauen und Kinder aus dem Schulgebäude frei ließ, als das Massaker an den Männern bereits vollzogen war.)

Als ich 1984 schon daran zweifelte und mit österreichischen Studenten auf einer Exkursion den Bischof von Kalavryta insistierend befragte, gab uns dieser statt einer befriedigenden Antwort die Frage zurück, warum wir die historische Wahrheit so intensiv erforschen wollten, wir sollten doch froh sein, dass es eine für Österreicher so schöne Geschichte gebe, die historische Wirklichkeit sei bedeutungslos. Wir müssen also annehmen, dass dieser "gute Österreicher" eine Erfindung der griechischen kollektiven Erinnerung ist, ein Mythos, der sowohl dem traditionellen christlichen, besonders orthodoxen Geschichtsverständnis entsprach als auch im säkularen nationalen Geschichtsbild - mir scheint besonders auch bei den Linken - einen Platz finden konnte. Im übrigen gab es bis in die frühen 1980er Jahre ähnliche Österreich-freundliche Erzählungen und Einstellungen in Polen und anderen Ländern, die sich im Machtbereich des Dritten Reiches befunden hatten.

Überraschenderweise entspricht dieser Österreich-Mythos von Kalavryta in etwa einem Abschnitt in der „Moskauer Deklaration“ vom 1. November 1943. Damals waren die Außenminister der drei - später vier - Großmächte der Anti-Hitler-Koalition u.a. über ihre künftige Österreichpolitik übereingekommen. Österreich, das im nationalsozialistischen Reich aufgegangen war, sollte als selbständiger Staat wieder errichtet werden. Es wurde einerseits als „das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer“ gefallen war, bezeichnet, andererseits aber wurde es daran erinnert, „dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann“. Denn es war kein vollkommenes Geheimnis: nicht nur Hitler und manche seiner Unterführer, auch ein Großteil des Personals der "Endlösung" im Generalgouvernement und bei der Judendeportation in Holland, viele höhere SS- und Polizeiführer in Ost- und Südosteuropa und die gründlichsten Judenverfolger und "Arisseure" waren Österreicher gewesen; der Nationalsozialismus war in seinen Anfängen (schon 1904 /1918) eine österreichische "Erfindung" gewesen und hatte auch in Österreich seit 1932 eine beträchtliche Anhängerschaft erlangt; österreichische Nazis hatten, trotz eines letztlich vergeblichen Abwehrversuchs der autoritären Diktatur Dollfuss' und Schuschniggs, das Land auch von Innen her reif für den "Anschluss" gemacht. Die von vielen Österreichern seit 1918 ersehnte Vereinigung mit Deutschland war 20 Jahre später eine radikale Machtübernahme, die nicht allein von außen her durch militärischen Druck und durch Intervention der Wehrmacht, sondern auch mit der zunächst breiten Zustimmung der Einheimischen zustand kam. Österreicher kämpften im Krieg 5 Jahre lang kaum weniger motiviert als Deutsche, ja sie stellten manchmal die Mehrheit in Wehrmachtseinheiten, die gerade auf dem Balkan Massentötungen an Juden und Nichtjuden verübten. (Ich komme darauf noch zurück.)

Der erste Teil der zitierten Sätze der Moskauer Deklaration wurde zu einer dominanten Leitlinie der alliierten und teilweise auch der öffentlichen internationalen Österreich-Politik, die allerdings intern nie ganz geglaubt wurde. Selbst Israel, wo man die Rolle der Österreicher im Nationalsozialismus kannte, hielt sich bis Mitte der 1950er Jahre mit seiner Kritik zurück. Erst recht wurde die "Opfer-These" in Österreich selbst zur immer wieder in den Mund genommenen Beschwörungsformel der offiziellen Nachkriegspolitik und die österreichischen Politiker und Medienleute taten alles, dass der zweite Teil in der Deklaration, die „Mittäter-These“, in Vergessenheit geriet; dabei kam ihnen der aufkommende Kalte Krieg entgegen, in dem – auf beiden Seiten wie überall in Europa – im Sinne einer ideologischen

Mobilisierung gegen den realen und imaginierten Gegner im Osten (bzw. Westen) interne Differenzen und Konfliktpotentiale möglichst stillgelegt wurden.

Die „Opfer-These“ war von alliierter Seite primär als Ermunterung zum Widerstand gegen das zusammenbrechende Dritte Reich gedacht gewesen war, was allerdings weitgehend wirkungslos geblieben war. (In Österreich gab es zwar auch Widerstand, aber er trug kaum zur rascheren Befreiung des Lande bei.) Die "Opfer-These" wurde zunehmend auch zur Rechtfertigung verwendet, wenn es auf österreichischer Seite darum ging, eine Mitverantwortung am Nationalsozialismus abzuwehren und Reparationsforderungen seitens der Alliierten und eine volle Entschädigungen der Opfer der rassistischen Verfolgung zurückzuweisen. Sie wurde zum Gründungsmythos und zum argumentativen Zentrum, um das herum die Nachkriegsidentität Österreichs konstruiert wurde.

Auch nach der Erlangung des Staatsvertrags und dem Ende der alliierten Befreiungsbesatzung im Jahre 1955 entfaltete die Opferthese ein kräftiges Eigenleben. Schließlich war es nicht mehr weit, dass sich *alle* Österreicher der älteren Jahrgänge als „Opfer“ gefühlt hätten, ob sie nun Wehrmachtsoldaten, Kriegsgefangene, Hinterbliebene und Bombengeschädigte oder Opfer von Besatzungswillkür gewesen waren; selbst ehemalige und nostalgische Nazis und SS-Männer, die der Entnazifizierung unterworfen wurden, fühlten sich als "Opfer", und überhaupt waren sie Verführte Hitlers gewesen und hatten unter der Weltwirtschaftskrise und der Kriegs- und Nachkriegszeit gelitten. Oder sie gaben das sich selbst und der Welt vor.

Immer weniger Platz blieb dabei für die wirklich politisch Verfolgten. Kein Platz war zunächst für die sogenannten „Asozialen“, Homosexuellen und "Zigeuner", die die KZs überlebt hatten, doch kaum über das Erlittene reden konnten. Nur widerwillig und halbherzig, wenn überhaupt, wurde auch den Juden die Anerkennung als Verfolgte zuteil. Daher auch vermied die Republik Österreich, anders als die Bundesrepublik Deutschland, aber ebenso wie die DDR, lange Zeit eine Entschädigung der wirklichen Opfer, ausgenommen die politisch Verfolgten. Diese waren immerhin imstande in den ersten Jahren wichtige politische Positionen im Staat und in den antinazistischen Parteien zu besetzen, in der kleinen KP, in der Sozialistischen Partei und bei den Konservativen. Und diese echten politischen Widerstandskämpfer waren - aus eigenen Erfahrung - oft auch engagierte Vertreter der Opferthese.

Die Nationalsozialisten, die auf österreichischem Gebiet - wie in Deutschland - etwa 10 % der Bevölkerung ausgemacht hatten, wurden zunächst auch in Nachkriegsösterreich ernsthaften Entnazifizierungsmaßnahmen und justizieller Verfolgung unterzogen; allerdings schon seit den späten 1940er Jahren wurden sie rasch rehabilitiert, sie konnten seit 1949 in einer postnazistischen Partei auch am politischen Prozess wieder teilnehmen. Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher wurden in Österreich ab 1955, mit dem Abzug der Besatzungsmächte, rasch weniger und führten auch in den Jahrzehnten danach nur zu milden Urteilen oder Freisprüchen.

Ich möchte hier noch kurz zu meinem eingangs gebrachten Beispiel aus Kalavryta zurückkehren. Eine Einsicht über die "Mittäterschaft" Österreichs hätte man hier auch aus einem genaueren Blick auf die regionale Herkunft der Wehrmachtssoldaten gewinnen können, die die mörderischen Aktionen in Kalavryta und an anderen Orten in Griechenland und in Jugoslawien ausführten: hier waren die Österreicher oft zahlenmäßig gewaltig - manchmal bis zu 50 % - überrepräsentiert und sie führten reibungslos die verbrecherischen Befehle aus. Hagen Fleischer und der österreichische Politologe Walter Manoschek haben früh darauf hingewiesen, ebenso Eberhard Rondholz und Hermann Frank Meyer. (Die Gründe hierfür waren vielfältig, sie können uns hier nicht primär interessieren.) In Kalavryta waren die Österreicher gerade das Gegenteil von den Opfern des Nationalsozialismus, sie waren hier Täter. (Dennoch legten noch bis mindestens 1984, als etwa Hagen Fleischer und ich dagegen protestierten, Vertreter der deutschen und österreichischen - diese noch viel länger - Botschaft am 1. November auf dem Kriegerdenkmal für die 117. Jägerdivision nieder, der auch die Kampfgruppen, die für die "Sühnemaßnahmen" verantwortlich waren, angehört hatten.)

Hier ist es angebracht, ein Bemerkung zum Verständnis der Wirkung dieser Geschichtsklitterung einzufügen: Denn von einem historisch-funktionalistischen Gesichtspunkt aus wurde die "Opfer"-These zu einem wichtigen Faktor der Nationsbildung in Österreich. Dies war nach 1945 notwendig, denn die Mehrzahl der Deutsch-sprachigen Bevölkerung des "Restes", der vom Habsburger Reich übrig geblieben war, zeigte keine starken pro-österreichischen Nationsgefühle, sondern tendierte zu einer Form des "Anschlusses" und verstand sich als Deutsche. Um ein unabhängiges demokratisches Österreich dauerhaft etablieren zu können, mussten daher zuerst die Bindungen mit Deutschland abgekappt werden, und das konnte nur erreicht werden, indem eine markante Differenz zu Deutschland

konstruiert wurde; genau das konnte durch die "Opfer-These" geschehen, mindestens gestärkt werden. Sie wurde die "Lebenslüge" des entstehenden Staates. Im österreichischen Fall erlangte also die Nationsbildung im Zuge der Staatsbildung Priorität, und sie war schon bis zu den 1970er Jahren erfolgreich, wie alle Umfragen zeigten; über 80% der Bevölkerung begannen sich als Österreicher, nicht mehr als Deutsche zu fühlen, was ja heute selbstverständlich ist.

Man kann sich allerdings fragen, ob nicht schon während der sozialdemokratischen Reformjahre Bruno Kreiskys der Zeitpunkt gekommen gewesen wäre, die "Lebenslüge" vom deutschen Nazi-"Opfer Österreich" aufzugeben, was jedoch wohl wegen der Rücksichtnahme auf Kreiskys "stillen Koalitionspartner", FPÖ, bzw. die noch beträchtlich zahlreiche geistige NS-Nachkommenschaft unterblieb). Denn diese über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus verlängerte "Lebenslüge" erschwerte als Nebeneffekt eine ernsthafte und tiefreichende Denazifizierung und förderte das Weiterbestehen von traditionellen, nicht-liberalen, sogar autoritären Merkmalen in der (neo-korporatistischen) politischen Kultur des Landes, im Kontrast zur Bundesrepublik Deutschland; hier hatte Adenauers Westorientierung, Alleinvertretungs- und Wiedervereinigungsanspruch, vereinfachend gesagt, die zum international neutralen Österreich gegenteilige Wirkung. Die DDR dagegen lehnte nach der behaupteten kommunistischen Gesellschaftsrevolution jede Kontinuität mit dem Dritten Reich ab, wodurch ebenfalls wie in Österreich der Nationalsozialismus externalisiert wurde (wie der deutsche Soziologe Rainer Lepsius sagte).

Bis in die Mitte der 1980er Jahre waren frühe Ansätze, vor allem jene Simon Wiesenthals, die "dunkle Seite" des österreichischen "Opfers des Nationalsozialismus" zu enthüllen, erfolglos geblieben. Erst die nationale und internationale Waldheim-Affäre löste einen tiefgreifenden Prozess einer ernsthaften Restrukturierung von Österreichs populärem Selbstbild aus. Das sollte schließlich auch einen Wandel der offiziellen Interpretation von Österreichs NS-Vergangenheit einleiten. (Im Übrigen hatte ein ähnlicher Wandel in Westdeutschland bereits etwa eineinhalb Jahrzehnte früher stattgefunden.)

1986, im Laufe des Wahlkampfes um die Bundespräsidentschaft wurden – ausgehend von Österreich, dann von amerikanischen Zeitungen – Vorwürfe gegen den konservativen Kandidaten, Kurt Waldheim, den früheren UN-Generalsekretär, erhoben, dass er NS-

Organisationen (ohne ideologischer Nazi gewesen zu sein) angehört und seinen Dienst als Wehrmachtsoffizier auf dem Balken verrichtet hatte. Dabei musste er in die Nähe von Kriegsverbrechen gekommen sein, jedenfalls davon gewusst haben, wie eine internationale Historikerkommission, der auch Hagen Fleischer angehörte, feststellte. Waldheim, der sich, wie er sagte, nicht zu erinnern vermochte, fand aber auch keine sich vom NS-Regime und dessen Vernichtungskrieg distanzierenden Worte. In Gegenteil, er meinte, er habe in der Wehrmacht „nichts anderes getan als Hunderttausende Österreicher auch“ und habe nur „seine Pflicht“ erfüllt. Er und nicht nur viele in seiner Partei beriefen sich darauf, er sei ein „Opfer“ des Nationalsozialismus gewesen wie überhaupt ganz Österreich und daher am Nationalsozialismus unschuldig. In einer „Jetzt erst recht“-Reaktion wurde er mit einer deutlichen Mehrheit für 1986 bis 1992 zum österreichischen Präsident gewählt. Allerdings wurde die zu seiner Verteidigung vorgenommene Gleichsetzung seiner Person mit Österreich als Ganzem zum Anlass, dass in der andauernden heftigen, auch internationalen, Debatte nicht nur sein eigener Opfer-Status hinterfragt wurde, sondern auch jener Österreichs ins Gerede kam. Waldheim wurde so – unbeabsichtigt – zu einem (negativen) Symbol für das „Nazi-Land“ Österreich.

Die späten 1980er Jahre waren auch innerhalb Österreichs eine Periode eines heftigen Konfliktes um die Interpretation Österreichs als NS-"Opfer" oder -"Täter". Den konservativen Verteidigern Waldheims und der ganzen Kriegsgeneration stand eine wachsende Zahl von jüngeren kritischen Journalisten, Intellektuellen und Künstlern gegenüber, die auch in der sozialdemokratischen Partei eine partielle Unterstützung fanden. In dieser vergangenheitspolitischen Auseinandersetzung erlangte auch die Nachfolgepartei des österreichischen Deutschnationalismus und der offenen Pro-Nazi-Nostalgie einen neuen Auftrieb. Zuvor war dieses politische Milieu, die "Freiheitliche Partei", zunehmend kleiner geworden. Unter seinem neuen Parteiführer, Jörg Haider, erlebte diese Partei einen rechts-populistischen Aufschwung, der sie im Jahr 2000 in die Regierungsbeteiligung bringen sollte. Und dieses Milieu ist gerade in den letzten Jahren unter Heinz-Christian Strache wieder aktiv geworden.

Aber zurück zu den frühen 1990er Jahren: Erst der sozialdemokratische Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986-1997) war es, der 1991 vor dem österreichischen Nationalrat und 1993 in Israel öffentlich nicht nur vom „Opfer Österreich“, sondern auch von der Beteiligung vieler Österreicher am Nationalsozialismus und an dessen Verfolgungspolitik sprach, daraus eine

auch heute geltende „moralische Mitverantwortung“ ableitete; er war der erste Staatsfunktionär, der sich öffentlich „bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten“ entschuldigte. Die daraus sich ergebende These vom österreichischen Staat als NS-Opfer und zugleich von der Mittäterschaft vieler Österreicher wurde in den folgenden Jahren die vielfach, auch von höchsten Staatsfunktionären wiederholte neue Leitlinie des österreichischen Selbstbildes. Österreich bzw. die Österreicher waren "Opfer" und "Täter" zugleich. (Das dieser Trennung von Staat und Staatsbürgern zugrunde liegende problematische Politikverständnis soll hier nicht weiter diskutiert werden.)

Aus dieser vergangenheitspolitischen Umpolung ging ab Mitte der 1990er Jahre die Einrichtung der großen nationalen Entschädigungsfonds für die Opfer der NS-Verfolgung und -Zwangsarbeit hervor, die funktional als Entrebillet für die Aufnahme Österreichs in die Europäische Union angesehen werden können. Daraus resultierte auch ein Neuverhandeln von bisher übersehenen oder als gelöst betrachteten Entschädigungsansprüchen, damit auch eine moralische Neubewertung von Österreichs Nach-NS-Vergangenheit. Ebenso ergab sich daraus ein Wiederauflösen der zunehmend als ungerecht empfundenen Frage von Entschädigungen und der Rückgabe des in der NS-Zeit entzogenen Eigentums, zuletzt mündete dies in die Rückgabe von "arisierten" oder unter zweifelhaften Umständen erworbenen Kunstgegenständen. Einerseits zur Erforschung des faktischen Ausmaßes der notwendigen Kompensationsleistungen, andererseits auch zur Legitimierung vor der innerösterreichischen Öffentlichkeit wurde eine Reihe von öffentlichen und privaten Historikerkommissionen eingerichtet, die die verdrängte Nazi-Erbenschaft ernsthaft aufarbeiteten.

Diese grundsätzliche Neuorientierung der Entschädigungspolitik für viele bisher nicht berücksichtigte Opfergruppen des Nationalsozialismus verstärkte sich paradoxer Weise noch nach der Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2000-2006). Dieser christlich-konservative Politiker und vor allem dessen Koalitionspartner, die zunächst von Jörg Haider geführte FPÖ, nahmen zur NS-Vergangenheit wiederum eine in unterschiedlichem Maße weniger kritische Haltung ein und so geriet Österreich neuerlich ins Visier internationaler Kritik und Sanktionen. Um sich den Druck von Seiten der EU, der USA und jüdischer Organisationen zu unterlaufen, setzte aber gerade auch diese Regierung Schritte, um sich durch Entschädigungszahlungen und Rückerstattungen von Vorwürfen, die Österreichs Wirtschaft und internationale Stellung schädigen würden, freizukaufen. Dadurch

wurde auch - nicht unbedingt ganz freiwillig - Österreichs Abwendung vom "Opfer" zum "Mittäter", auch mit durchaus umfassenden materiellen Auswirkungen vollzogen.

Viel wichtiger erscheint mir allerdings bei der Erklärung dieses Wandlungsprozesses, dass in den USA bereits seit den 1980er Jahren der „Holocaust“ über ein innerjüdisches Gruppengedächtnis hinaus zu einem gesamtamerikanischen, ja universellen Referenzpunkt für ein neues Kollektivgedächtnis geworden war, wie der amerikanische Historiker Peter Novick festgestellt hat. Das "Holocaust-Gedächtnis" begann ein Allgemeingut zu werden, das über die verschiedensten Regionen und partikularen Geschichtskulturen hinweg griff. Selbst in den westeuropäischen Nationalstaaten begann es mit dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren deutlich sichtbar zu werden und die jeweiligen alten nationalen Opfer-, Widerstands- und Neugründungsmymen zu erodieren. Dort waren, analog zur österreichischen "Opfer-These", solche Geschichts-Mythen jedoch aus einer realen Bedrohung durch das „pangermanische Reich“ hervorgegangen und als Folge der innenpolitischen Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges waren sie funktional im Sinne einer Nationen- und Demokratie-Neubildung gewesen. Die verstärkt wirksam werdende neoliberale „Globalisierung“ schuf sich so für ihr über- und transnationales Ausgreifen auch eine neue geschichtsmoralische Begrifflichkeit in der Antithese zum nationalsozialistischen Judenmord. Das ging symbolisch jeden an und konnte überall wieder auftreten und legitimierte damit auch neue globale Wirtschafts- und Außenpolitiken. Damit entstand ein Art realer „Opfer-Philosophie“, wie der amerikanische Politologe Elazar Barkan sagt, die mit einem anderen Opfermythos wie jenem des früheren offiziellen Österreich kollidiert wäre, wäre dieser nicht aufgegeben worden.

Ich meine, durch meine Ausführungen konnte ich hier belegen, wie nationale vergangenheitspolitische Dogmen mit internationalen und globalen Konstellationen korrespondieren und von ihnen bedingt bzw. verändert werden. Der lange und langsame Weg Österreichs von der offiziösen These vom NS-"Opfer" über eine Zwischenstation von "Sowohl Opfer als auch Täter" zu einem NS-"Mit-Täter" und die innenpolitischen Konflikte und Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten (wie der deutsche Politologe Cornelius Lehnguth jüngst nachgewiesen hat) können so eine Erklärung finden.